

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 4

Artikel: Thesen zur österreichischen "Gründerwelle"
Autor: Bendl, Erwin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erwin Bendl

studierte Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg, absolvierte die Exportakademie an der Universität Innsbruck und war Assistent am Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Salzburg. Seit 1992 ist er Mitarbeiter der Industriellenvereinigung. Neben traditionellen Themen der Industriepolitik zählen Wettbewerbsfähigkeit, KMU-Politik, das Benchmarking von Rahmenbedingungen zu seinen Schwerpunkten. Er ist Mitglied der Regulatory Reform-Arbeitsgruppen des Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) und der Union of Industrial and Employers' Confederations of Europe (UNICE). Seit 1996 repräsentiert er das Institut für Wirtschaft und Politik (IWIP) im Economic Freedom Network, das mit ideeller Unterstützung durch drei Nobelpreisträger regelmässig die Studie «The Economic Freedom of the World» veröffentlicht.

THESEN ZUR ÖSTERREICHISCHEN «GRÜNDERWELLE»

Wie in anderen europäischen Ländern wird auch in Österreich in jüngster Zeit die Förderung des Unternehmertums diskutiert. Nicht eine neue Liebe für Selbständige ist ursächlich dafür, sondern die Suche nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten.

These 1: Selbständigkeit ist ein Minderheitenprogramm

Befragungen zeigen, dass die Gründung eines eigenen Unternehmens für weite Schichten der österreichischen Bevölkerung kein Ziel ist. Die folgenden Umfrageergebnisse verdeutlichen die Einstellung der Österreicher zum Unternehmertum:

- Zwei Drittel der 14- bis 24jährigen schliessen eine Zukunft als Selbständige für sich aus. Unternehmertum sei zu riskant und anstrengend, darüber hinaus fehle es an Kapital, geben die befragten Jungösterreicher an. Gleichzeitig haben Jugendliche von Unternehmern eine hohe Meinung. Sie seien fleissig, ideenreich und fortschrittlich. (Meinungsforschungsinstitut «Fessel-GfK», veröffentlicht 1998)
- In einer weiteren Erhebung bezeichnen immerhin 39 Prozent der Österreicher die Erleichterung von Unternehmensgründungen als vorrangiges Thema der Bundesregierung. Das ist aber nur Platz zwölf bei 37 Antwortmöglichkeiten. Zum Vergleich: Die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und Sicherung bestehender Arbeitsplätze kamen auf 80 bzw. 88 Prozent. (Meinungsforschungsinstitut «market», veröffentlicht 1998)
- Nach Ansicht der Österreicher sollen Personen mit höherem Einkommen (59%), Industrieunternehmen (35%) und Unternehmen (17%) mehr Steuern zahlen. Nur 14 Prozent fordern höhere Erbschaftssteuern (Meinungsforschungsinstitut «market», veröffentlicht 1999). Vermögen, das ohne eigenes Zutun entstand, hat offenbar einen höheren Wert in der Gesellschaft. Wohlstand, der von Unternehmen und Erfolgreichen erarbeitet wurde, gilt weniger.

Kaum überraschend ist daher, dass 1998 auf 100 unselbständig Erwerbstätige nur eine Unternehmensgründung entfällt.

These 2: Für die Politik sind Unternehmer keine Key-accounts

Im Vergleich zu den sechziger Jahren sind die Selbständigenquoten in Österreich eindeutig gefallen. Ausserhalb der Landwirtschaft war 1965 jeder achte Beschäftigte selbständig, heute ist es jeder Dreizehnte. Im langfristigen Vergleich entspricht dies einem jährlichen Rückgang um rund ein Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten um rund 0,8 Prozent jährlich gestiegen. Noch dramatischer wirkt die Analyse, wenn Landwirte, die ja auch unternehmerisch tätig sind, miteinbezogen werden.

Jahr	ohne Landwirtschaft		
	Selbständige	Unselbständige	Selbständigenquote
1965	321,600	2 381 234	11,9
1975	237,300	2 657 240	8,2
1985	211,300	2 759 658	7,1
1995	231,600	3 068 186	7,0
1999			7,1 (Schätzung)

Quelle: ÖStat/Wifo

Günstiger fällt der Vergleich über einen kürzeren Zeitraum aus. Seit Mitte der zweiten Hälfte der achtziger Jahre steigt nämlich die Anzahl der Selbständigen in absoluten Werten wieder. In den allerjüngsten Jahren hat sich das Wachstum sogar beschleunigt. Eine wesentliche Ursache dafür ist die angespanntere Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Wenig verwunderlich ist daher, dass bereits die Hälfte der Unternehmensgründungen auf Selbstbeschäftigungen – also Ein-Mann-Betriebe – entfallen.

Was sind die Ursachen für den langfristigen Rückgang der Selbständigen? Ein

Hauptursachen
für das
Anwachsen der
Schwarzarbeit
in Österreich sind
Überregulierung
und Steuerlast.

Erklärungsansatz lässt sich von F. A. Hayek ableiten. Die meisten unter uns seien Angestellte grosser Organisationen und verwenden auf Anweisung anderer Mittel, die sie selbst nicht besitzen, analysierte er in den «Schweizer Monatsheften» (39. Jahrg., Mai 1959, Heft 2, Seiten 89–103, nachgedruckt in: «Schweizer Monatshefte» 1992, Heft 5a, In memoriam Friedrich August von Hayek 1899–1992, Seiten 84 ff.). Das Anwachsen des Unselbständigenheeres führe zu einer immer kleiner werdenden Wirtschaftsfreiheit, da ein Unselbständiger es als recht und billig betrachte, «wenn Handlungsweisen beschränkt werden, die für ihn ohnedies nicht in Betracht kommen». Letztlich würde sich der Unselbständige aber selbst benachteiligen, da seine Freiheit von der Vielzahl unabhängiger Arbeitgeber abhängt.

These 3: Doppelt so viele informelle als formelle Unternehmer

Österreich verfügt bei acht Millionen Einwohnern über rund 240 000 *formelle* Unternehmer. Hinzu kommt ein wachsendes Heer *informeller* Unternehmer («Pfuscher»), über deren Anzahl und die dafür geeigneten Erfassungsmethoden Uneinigkeit herrscht. Werden selbständige Landwirte, formelle und informelle Unternehmer zusammengezählt, dann ist – über den Daumen gepeilt und zugegebenermassen stark vereinfacht dargestellt – etwa jeder sechste Österreicher im erwerbsfähigen Alter zumindest teilweise unternehmerisch im weiteren Sinn tätig. Hauptursachen für das Anwachsen der Schwarzarbeit in Österreich sind Überregulierung und Steuerlast. Nach einer aktuellen Umfrage wird «Pfuscher» nur von einem Viertel der Österreicher als «nicht vertretbar und unmoralisch» eingestuft (Meinungsforschungsinstitut «market», 1999). Die österreichische Politik zieht andere Schlüsse und beabsichtigt die Einrichtung neuer Kontrollbehörden.

These 4: Bisher ergriffene Massnahmen haben keine Gründerwelle ausgelöst

Das vielfach zur Erhöhung der Unternehmensgründung vorgeschlagene und umgesetzte Plus an Förderungen, Beratung oder

Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Grüne für Gründerwelle

- «Im Zulassungsverfahren selbst soll durch Wegfall der Eintragungsgebühren und Vereinfachungen beim Prüfungszugang ein erleichterter Gewerbezugang eingeräumt werden.» (Positionspapier von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund zum österreichischen Aktionsplan für Beschäftigung 1998)
- «Die Wirtschaftsförderung solle zudem so umgestaltet werden, dass Selbständigen, die erstmals unternehmerisch tätig werden, die Lohnnebenkosten bei Anstellung von Mitarbeitern im ersten Jahr zurückerstattet werden. Ebenfalls gefordert wurde eine Entrümpelung des Gewerberechts.» (Der Tiroler Präsident der Arbeiterkammer laut «Austria Presse Agentur»)
- «(Die SPÖ) wolle jedoch entsprechende Massnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Forschung und Unternehmensgründung setzen. Im Rahmen der Steuerreform soll die Betriebsübergabe von Unternehmen erleichtert werden.» (Bundeskanzler Klima bei der SPÖ-Klubtagung laut «Austria Presse Agentur»)
- «... erhofft sich (Bundeskanzler) Klima eine Gründerwelle mit zahlreichen neuen Arbeitsplätzen» («Sozialdemokratische Korrespondenz»)
- «Zur Förderung der Unternehmensgründung sei eine Abgabenreform nötig.» (Der Wiener Bürgermeister (SPÖ) laut «Austria Presse Agentur»)
- «Unternehmensgründungen gehören mit zu den wichtigsten beschäftigungspolitischen Instrumenten. Deshalb müssen wir auf allen Ebenen jene Hebel in Bewegung setzen, die eine Gründerwelle in Österreich möglich machen.» «Die Rahmenbedingungen müssen so sein, dass Unternehmensgründungen erleichtert werden. (...) Gleichzeitig müssten bürokratische Hemmnisse zur Gründung von Unternehmen noch weiter abgebaut werden.» (Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer laut «Austria Presse Agentur» bzw. «Sozialdemokratischer Korrespondenz»)
- «Der Grüne Bundessprecher Alexander van der Bellen forderte ein Gesamtkonzept zur Förderung junger Unternehmer, um endlich die «Gründerwelle» einzuleiten.»
- («Austria Presse Agentur»)

Die ausgewählten Zitate stammen aus den Jahren 1997 und 1998.

Finanzierungsmöglichkeiten oder die vielstrapazierten Imagekampagnen haben trotz Teilerfolgs keine substantielle Gründerwelle ausgelöst. In Anlehnung an Paul Watzlawick kann die bisherige Politik als «mehr desselben» zusammengefasst werden. Bekämpft werden Symptome, die Ursachen bleiben weitgehend unangetastet.

In Österreich sind Unternehmen nach wie vor massiven Benachteiligungen im Steuerrecht ausgesetzt. Dazu einige Beispiele: Obwohl das Jahr nur zwölf Monate auf-

weist, müssen Unternehmer eine 13. Umsatzsteuer-Vorauszahlung leisten und gewähren damit dem Staat ein zinsloses Darlehen. Für das 13. und 14. Monatsgehalt gilt ein ausserordentlich niedriger und arbeitnehmerfreundlicher Steuersatz von einheitlich sechs Prozent. Auch in ihrer sozialrechtlichen Absicherung sind Unternehmer benachteiligt, beispielsweise beim Karenzgeld. Zahlreiche weitere Steuern werden Unternehmern vom Staat aufgebürdet. Die Fülle der aufgezwungenen administrativen Tätigkeiten verringert die Produktivität.

In jüngerer Zeit wurde die Situation in Teilbereichen verbessert. Jungunternehmer, die vorher ein Dienstverhältnis hatten, können seit kurzem Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung für die Zukunft erhalten, und es wird Jungunternehmern unter gewissen Voraussetzungen eine Reduktion ihrer Beiträge zur Sozialversicherung gewährt.

In einem Punkt sind Unternehmer im Vorteil. Sie können Ausgaben schon dann steuerlich absetzen, wenn sie betrieblich veranlasst sind. Unselbständige können Ausgaben als sogenannte Werbungskosten nur absetzen, wenn die Aufwendungen unbedingt erforderlich sind, um die Erwerbstätigkeit ausüben zu können.

These 5: Arbeitnehmervertreter vollziehen einen Paradigmenwechsel

Bemerkenswerterweise fordern mittlerweile auch traditionelle Interessenvertreter der Arbeitnehmer eine Gründerwelle und mehr Freiraum für die Unternehmer. Das ist in dieser Form für Österreich neu und verdeutlicht das Aufbrechen traditioneller Grenzen. Wer früher als Arbeitnehmer freiwillig der Gewerkschaft oder als Pflichtmitglied der Arbeiterkammer angehörte, wird als Unternehmer Pflichtmitglied bei der Wirtschaftskammer. Selbst die Grünen rufen nach der Gründerwelle.

Die Fülle der aufgezwungenen administrativen Tätigkeiten verringert die Produktivität.



Der grosse Vorteil der KMU ist ihre Flexibilität und Beweglichkeit.

These 6: Die Statistik lässt viele Fragen unbeantwortet

Im Grunde ist über die Effekte von Unternehmensgründungen in Österreich empirisch und statistisch wenig bekannt. Offizielle Statistiken haben in vielen Fällen wenig Aussagekraft. Europäische Standards, die einen internationalen Vergleich ermöglichen würden, fehlen. So ergibt sich Raum für Deutungen in viele Richtungen.

Die Beschäftigungsimpulse von Unternehmensgründungen in Österreich sind wenig erforscht. Nicht nur statistische Erfassungs- und Interpretationsprobleme erschweren es, sich einen Überblick über die tatsächliche Situation zu verschaffen. Auch die Neigung, in Studien und Arbeitskreisen erfolgreiche Jungunternehmer zu Wort kommen zu lassen, verzerrt das Bild. Geseiterte Selbständige werden selten zu Diskussionen eingeladen oder befragt.

Erfolgreiche Unternehmer behaupten gerne, dass sich ein echter *Entrepreneur* von bürokratischen Barrieren nicht abhalten lasse und einen Weg finde. Dieser Weg ist mitunter steinig und lang, das verlorene Potential (z. B. Beschäftigung) kann hoch sein.

These 7: Hohe Eintrittsbarrieren bremsen innovative Jungunternehmer

Während der Österreicher *Joseph A. Schumpeter* bereits vor Jahrzehnten wesentlich zur wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion des Unternehmerbegriffs und der für ihn damit verbundenen Innovationskraft beigetragen hatte, scheinen seine Ideen und Analysen in seiner Heimat auf wenig fruchtbaren Boden gestossen zu sein. Ihm zufolge verdrängt der mit Innovationen einhergehende Prozess der schöpferischen Zerstörung überholte Produktionsverfahren, Organisationssysteme und Waren bzw. Dienstleistungen. Neuere und bessere Produkte setzen sich durch, bringen Fortschritt und verdrängen den alten Standard. Für *Schumpeter* ist «Unternehmer» ein Prädikat, das nur innovativen Persönlichkeiten zusteht. Wettbewerb ist dafür wesentliche Voraussetzung.

Eine der Hauptursachen für die geringe Selbständigenquote in Österreich sind jedoch die hohen Barrieren beim Marktein-

Österreichs
Rechtslage
tendiert dazu,
unternehmerische
Tätigkeiten nur
bei Vorliegen
formaler
Eignungskriterien
zuzulassen.

tritt, die wettbewerbshemmend wirken. Österreichs Rechtslage tendiert dazu, unternehmerische Tätigkeiten nur bei Vorliegen formaler Eignungskriterien zuzulassen. Durch den fehlenden Wettbewerb profitieren eingesessene Unternehmen. Spielerische Evolution und Innovation sowie schöpferische Zerstörung im Sinne *Schumpeters* wird durch die in Österreich vorherrschende Politik öffentlicher Regelung gebremst. Der nachfolgende Fall ist dafür ein gutes Beispiel:

Treppenreinigen ohne Diplom?

Ein Salzburger Jungunternehmer hatte bei der zuständigen Behörde das «Handwerk Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger, eingeschränkt auf Treppenreinigung» angemeldet. Die Ausübung wurde dem neuen Selbständigen jedoch versagt.

Grund war ein negatives Gutachten der Standesvertretung des chemischen Gewerbes. Zwei Akademiker kommen in ihrer mehrseitigen Stellungnahme zum Schluss, dass die angestrebte Tätigkeit – nämlich das Putzen von Stiegen – «*Kenntnisse über das Kehren, Feucht- und Nasswischen (...) sowie Kenntnisse des richtigen Antistatierens usw.*» voraussetzt und «*der beabsichtigte Tätigkeitsbereich qualifizierten handwerklichen Könnens bedarf, wie dies nur im Rahmen einer langjährigen sowohl schulischen als auch praktischen Ausbildung erworben werden kann.*»

In seiner Berufung hat der Unternehmer vorgebracht, dass Generationen von Reinigungsfrauen bislang ohne Diplom ausgekommen sind. Die Behörde zweiter Instanz hat die Berufung mit Hinweis darauf, dass um ein Handwerk – wenn auch eingeschränkt – angesucht wurde, abgelehnt und erkannt, dass nichts dagegen sprechen könnte, dieselbe Tätigkeit unter dem Titel «*einfache Raumpflegearbeiten nach Hausfrauenart*» anzumelden und durchzuführen. Dieser Empfehlung ist der Unternehmer gefolgt. Eineinhalb Jahre nach der Erstanmeldung hat er seine unternehmerische Tätigkeit aufnehmen können.

Die rechtlichen Schritte für Unternehmensgründungen werden in vielen Fällen

Die Wirtschafts-
politik sollte
alles daran
setzen,
Eintrittsbarrieren
zum Unternehmertum rigoros zu
streichen.

ohne echten Mehrwert verzögert. Ein Beispiel: Für die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung herrscht Notariatszwang; Rechtsgeschäfte mit unbeschränkter Haftung können ohne Notar abgeschlossen werden.

Die Wirtschaftspolitik sollte alles daran setzen, Eintrittsbarrieren zum Unternehmertum rigoros zu streichen. Das muss sich auf alle relevanten Bereiche beziehen, also auch auf die Steuer-, Sozial- und Umweltpolitik. Das ist die Wurzel des Problems. Die in Österreich häufigen und hohen Anforderungen an formale Ausbildungskriterien sind in vielen Fällen überzogen. Sie dienen eher dem Schutz vor Wettbewerb als der Weiterentwicklung der Wirtschaft.

Überregulierung trifft Kleinunternehmen besonders stark. Wie *Helmut Maucher* am Beispiel Nestlé dargelegt hat, wäre es Grossunternehmen durchaus möglich, ganze Abteilungen von Juristen und Verbindungsleuten zu den Behörden anzustellen. Kleine und mittelständische Unternehmen könnten sich *«diese Art von unproduktiven Kosten nicht leisten»*.

Die hohen Überlebensquoten österreichischer Jungunternehmen sind auch Ausdruck dieses streng reglementierten Zugangs und geringer Dynamik. Zulassungsbeschränkungen bedeuten letztlich, dass marktferne Bürokratie über die Gründung eines Unternehmens entscheidet und für sich die Bevormundung initiativer Bürger in Anspruch nimmt. In Österreich macht das geflügelte Wort die Runde, dass *Bill Gates* in der Alpenrepublik schon deshalb gescheitert wäre, weil man ihm die Arbeit in seiner Garage behördlich untersagt hätte.

Auch die Austrittsbarrieren sind in Österreich hoch. Gescheiterte Unternehmer werden im Zuge von Insolvenzverfahren vergleichsweise häufig betrügerische und fahrlässige Straftatbestände vorgeworfen. Der Abbau von Mitarbeitern kann aufwendig und kostenintensiv sein.

Zusammenfassung

Die österreichische Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten Arbeitnehmer im Verhältnis zu Unternehmern kontinuierlich besser gestellt. Damit wurde es vergleichsweise attraktiver, als Arbeitnehmer

Bemerkens-
werterweise
fordern mittler-
weile auch
traditionelle
Interessen-
vertreter der
Arbeitnehmer
eine Gründer-
welle und mehr
Freiraum für die
Unternehmer.

statt als Selbständiger tätig zu werden. Im langfristigen Vergleich sind die Selbständigenquoten gefallen. Erst in jüngerer Zeit gründen mehr Österreicher ein Unternehmen und angesichts steigender Arbeitslosenzahlen hat die österreichische Politik auf der Suche nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten den Wert des Unternehmertums wiederentdeckt.

In der Vergangenheit zielten Förderungsmassnahmen in erster Linie auf die Linderung von Symptomen und waren damit Lippenbekenntnis. Sie folgten der Politik des «mehr desselben». Kernursachen wie zum Beispiel hohe Eintrittsbarrieren blieben – abgesehen von Teilbereichen – unangetastet. Im Vergleich zu anderen Ländern stellt die österreichische Gesetzeslage hohe formale Ansprüche an Unternehmensgründer. Das bremst Wettbewerb und hemmt Innovationen. Im Ergebnis verzichtet Österreich auf zusätzliches Wachstum.

Diese Überregulierung und ausufernde Bürokratie muss so weit als möglich gestoppt werden. Bekenntnisse dazu gäbe es von allen politischen Fraktionen. Wo dies nicht oder nicht in vollem Umfang angebracht ist, liessen sich bürokratische und rechtliche Hürden der Unternehmensgründungen mittels *Benchmarking* verkleinern. Dabei wird die erfolgreichste behördliche Abwicklung und juristische Regelung zum Modellfall (*Best practice*) für andere Behörden bzw. Länder. ♦

Literatur

- Erwin Bendl, Benchmarking und Best-practices in der öffentlichen Verwaltung, in: Wirtschaftsstandort Österreich, herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien 1998.
- Friedrich August Hayek, Freiheit und Unabhängigkeit, in: Schweizer Monatshefte II/1959.
- Helmut Maucher, Deregulierung aus Sicht eines international tätigen Unternehmens, in: Dieter Neumann-Spallart, SOS im Regelwald – 26 Beiträge zur Deregulierung, Wien 1996.
- Johann Risak / Karin Exner / Susanne Stadler, Unternehmensgründer gesucht, Wien 1998.
- UNICE: Fostering European Entrepreneurship – Benchmarking Report 1999, Vorabdruck Brüssel 1999.
- Herta Wanzenböck, Überleben und Wachstum junger Unternehmer. Wien 1998.
- Herta Wanzenböck, Das österreichische Gründungsgeschehen – eine Untersuchung der Struktur und des Beschäftigungseffektes der Unternehmensgründungen des Jahres 1997, Wien 1998.